

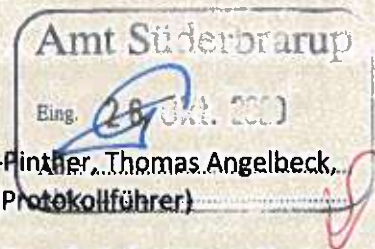
## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses Bau, Planung und Umwelt am Montag, dem 19.10.2020 um 19:30 Uhr im Bürgerhaus der Gemeinde Süderbrarup, Kappeler Straße 27

Anwesend:

Bürgermeister Christian Hansen

Ausschussmitglieder: Arne Cordsen (Vorsitzender), Mathias Hoffmann-Pintner, Thomas Angelbeck, Rolf Schnau, Rainer Conrad, Jan Kumke, Wolfgang Warwel, Dirk Block (Protokollführer)



Anwesende Mitglieder der Gemeindevertretung: Volker Richter, Frank Kraack, Anke Ottsen, Regina Burgwitz, Christina Köppen

Entschuldigt fehlen: Felix Kuntze, der Leiter des Bauhofs Dirk Lorenzen, der Berichterstatter Architekt Loeck.

Weiterhin anwesend: Rainer Erichsen (Ortsbeirat Brebel), Angelika Berlau (Vorsitzende Seniorenbeirat), Pressevertreterin: Doris Ambrosius, Berichterstatter des Planungsbüros: Herr Frank Springer

Beginn der Sitzung: 19:30 Uhr

Der Vorsitzende Arne Cordsen begrüßt alle anwesenden Einwohner, Ausschussmitglieder, Gemeindevertreter/innen und Beiräte und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht ergangen ist und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Tagesordnung:

- 1: Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung der Tagesordnung
- 2: Genehmigung der Niederschrift vom 12.08.2020
- 3: Einwohnerfragestunde
- 4: Beratung und Beschlussempfehlung zur rückwärtigen Anbindung des Rewe-Geländes inkl. Wohnbebauung (Berichterstatter: Architekt Loeck)
- 5: Beratung und Beschlussempfehlung zum Bebauungsplan Nr. 38 der Gemeinde Süderbrarup für ein Gewerbegebiet "Brebelscheide" zwischen den Ortsteilen Brebel und Süderbrarup (Berichterstatter: Planer Springer)
- 6: Beratung und Beschlussempfehlung zur Ausschreibung der Erschließungsleistungen zum B-Plan Nr. 38 "Gewerbegebiet Brebelscheide"
- 7: Beratung und Beschlussempfehlung zur 4. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 13 "Gewerbegebiet Westenstraße" (Berichterstatter: Planer Springer)
- 8: Beratung und Beschlussempfehlung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 41 der Gemeinde Süderbrarup für einen Bereich in der Bismarckstraße (Berichterstatter: Planer Springer)
- 9: Beratung und Beschlussempfehlung zum Bebauungsplan Nr. 34 der Gemeinde Süderbrarup "Erweiterung Pleistruper Park" (Berichterstatter: Planer Springer)
- 10: Beratung und Beschlussempfehlung zur Ausschreibung der Erschließungsleistungen zum B-Plan Nr. 34 "Erweiterung Pleistruper Park"
- 11: Beratung und Beschlussempfehlung zur Beantragung von verkehrsrechtlichen Genehmigungen für die Straßen Gartenstraße / Bachstraße / Südertoft
- 12: Beratung und Beschlussempfehlung Sanierung Straßendecke und Fußwege Gebiet Kastanienweg / Schatzmoor / Holzkoppel
- 13: Sonstige Vorlagen

## 14: Grundstücks- und Vertragsangelegenheiten

### Top 2: Niederschrift

Die Niederschrift vom 12.08.2020 wird ohne Widerspruch genehmigt.

### Top 3: Einwohnerfragestunde

Herr Frey aus dem Südertoft 17 berichtet, dass trotz der jetzt bestehenden 30er-Zone nach wie vor zu schnell gefahren werde. Herr Petersen aus dem Sandholm ergänzt, dass auch die in der 30er-Zone geltende Rechts-vor-links-Regelung nicht beachtet werde und wünscht sich eine zusätzliche Beschilderung. Es muss leider festgestellt werden, dass eine zusätzliche Beschilderung (z.B. das Schild 102) vom Kreis nicht genehmigt werde. Es könne also lediglich häufiger durch Markierungen auf der Straße darauf hingewiesen werden.

Weiterhin befürchtet Herr Petersen, dass die geplante rückwärtige Anbindung des REWE-Marktes (siehe TOP 4) zu vermehrtem Verkehr im Baugebiet Süderwiese führen könnte, weil es als Abkürzung zwischen Schleswig und Steinfeld genutzt werden könnte.

Herr Torner aus dem Finkenweg weist darauf hin, dass durch die Erweiterung des Pleistruper Parks (siehe TOP 9) zu erwartende Baufahrzeuge die bestehenden Straßen einerseits beschädigen und auch oft zu schnell und ohne Rücksicht auf den vorhandenen Kinderspielplatz fahren würden.

Zu allen Fragen wird auf die folgenden Beratungen verwiesen.

### Top 4:

Da Herr Loeck erkrankt ist, stellt der Bürgermeister Hansen den bisherigen Stand der Planungen vor und erläutert den vorliegenden Entwurf.

Der Wendehammer am nördlichen Ende (an der Grenze zum REWE-Markt-Grundstück) ist notwendig, weil die rückwärtige Anbindung eine öffentliche Straße sein wird und nicht direkt auf ein Privatgrundstück führen darf. Auch soll ja auf Wunsch der Gemeinde eine Durchfahrt in den Nachtstunden durch eine Schranke verhindert werden.

Hinsichtlich des REWE-Marktes ist derzeit wohl geplant, einen Neubau zu erstellen. Hierzu ist ein Einzelhandelskonzept noch erforderlich.

Der betrachtete Bereich ist im Flächennutzungsplan nicht definiert, ebenso besteht kein Bebauungsplan.

Während der Aussprache über den bisherigen Stand wird auf die im südlichen Bereich entstandene biotopartige Fläche hingewiesen und angeregt, über die Anzahl der Wohngebäude nachzudenken. Außerdem geht der Ausschuss davon aus, dass ein städtebaulicher Vertrag geschlossen werden wird, der Möglichkeiten für Auflagen enthält. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass sich in unmittelbarer Nähe ein Löschteich befindet, der für Einsätze beim Einkaufszentrum benötigt wird – hier sind hydraulische Untersuchungen notwendig, um etwaige Wasserstandsänderungen durch die Neubauten abschätzen zu können. Daneben ist vorab ein Schallschutzgutachten zu empfehlen.

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt angepasst:

Der Ausschuss nimmt den vorliegenden Sachverhalt und erfolgten Bericht zur Kenntnis. Die Schaffung von Wohnraum in diesem Bereich wird als sinnvoll angesehen.

Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung unter entsprechender Kostenübernahmeerklärung des Investors die entsprechenden F- und B-Planaufstellungen in Auftrag zu geben und in der nächsten GV einen entsprechenden Aufstellungsbeschluss zu fassen.

Ergebnis der Abstimmung: Der Ausschuss stimmt bei einer Gegenstimme zu, B- und F-Plan zu erstellen bzw. anzupassen und akzeptiert damit das Planungsziel.

### Top 5:

Herr Springer erläutert, dass das Landesministerium fordere, für die große Fläche einzelne Bebauungspläne aufzustellen – einen für jeden Bauabschnitt. An der Ostseite muss ein gesetzlich geschützter Knick zum Vorfluter erhalten bleiben.

Weiterhin hat das vorgeschobene Scoping-Verfahren (In der frühzeitigen Behördenbeteiligung werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung in ihrem Aufgabenbereich berührt werden, aufgefordert, sich zur Festlegung von Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung zu äußern) zu einige Aussagen geführt: Ein seit einem Jahr bestehender Erlass (ARW-1, Wasserrechtlichen Anforderungen zum Umgang mit Regenwasser - Teil 1: Mengenbewirtschaftung) verlangt, dass Wasserabfluss, Versickerung usw. möglichst natürlich stattfindet. Dies kann u.a. zu Entwässerungsmulden entlang der Straßen, mehr Begrünung von Gebäuden und/oder größeren Regenrückhaltebecken führen. Das Archäologische Landesamt hat darauf hingewiesen, dass vor allem im südlichen Bereich Voruntersuchungen stattfinden müssen. Der Verlauf des neu verlegten Hochspannungskabels sowie des abknickenden Mittelspannungskabels sind im Plan berücksichtigt. Möglicherweise muss ein verrohrter Vorfluter im südwestlichen Bereich untersucht werden. Notwendig sind ebenso Baugrunduntersuchungen sowie Erkundungen, wie die Regenwasserentsorgung der einzelnen Bauabschnitte möglich ist – derzeit sind zwei Regenrückhaltebecken an der Südgrenze geplant. Notwendig ist nun eine detailliertere Planung mit stärkerer Berücksichtigung der topografischen Verhältnisse – nach Osten fällt das Gelände stark ab. Verlangt wird ebenso eine Untersuchung, wie der zu- und abfließende Verkehr sich auf die Bundesstraße B 201 und die Landesstraße L 283 auswirken würde und ob Linksabbiegespuren notwendig werden. Der Bürgermeister ergänzt, dass dann erneut die Möglichkeit eines Kreisels an der Kreuzung von Bundes- und Landesstraße in Brebel geprüft werden wird.

#### Top 6:

Der Bürgermeister berichtet von bereits fünf Interessenten – sowohl lokalen als auch überregionalen, sowohl aus dem Dienstleistungsbereich als auch aus dem Handwerk. Um diesen schnellstmöglich ein Angebot machen zu können, soll die Ausschreibung der Erschließungsleistungen bereits jetzt auf den Weg gebracht werden. Die Vorgaben aus dem Scoping-Verfahren sind umzusetzen.

Die Beschlussempfehlung wird wie folgt angepasst:

Die Mitglieder des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses nehmen den vorliegenden Sachverhalt zur Kenntnis und empfehlen der Gemeindevertretung:

- Die angemerkten Vorgaben aus dem Scoping-Verfahren umzusetzen
- den Auftrag für die Ingenieurleistungen auszuschreiben,
- den Bürgermeister zur Auswahl und Beauftragung des wirtschaftlichsten Anbieters für die ausführenden Firmen zu ermächtigen.

Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt über die liquiden Mittel.

Ergebnis der Abstimmung: Einstimmig wird die Beschlussempfehlung angenommen.

#### Top 7:

Herr Springer berichtet zu dem Planungsstand.

Das Scoping-Verfahren ist abgeschlossen. Der Kreis fordert insbesondere ein Entwässerungskonzept und die Untersuchung der Kapazität des südlich der Westenstraße befindlichen Regenrückhaltebeckens. Entgegen früheren Planungsabsichten hat sich im Südwest-Teilbereich eine Änderung ergeben. Eine dreieckige Fläche ist aus der Planung herausgenommen worden, ein Teil des vorhandenen Knicks wird entfernt, um die Anbindung an das nördlich davon liegende Gelände zu erreichen. Der Knick wird in doppelter Länge auf der Westseite ausgeglichen. Die ursprünglich vorgesehene Anbindung im Nord-Teilbereich an den Flensburger Damm wurde verworfen – der Bereich wird nun ausschließlich von der Gewerbestraße aus erschlossen. Der mittlere Teilbereich umfasst eine in der Grundfassung des B-Planes vorgesehene Verkehrsfläche, die der Anbindung rückwärtiger Flächen dienen sollte. Da dies nicht mehr nötig ist, wird sie zur Gewerbefläche umgewidmet. Im Rahmen dieser 4. Änderung erfolgte eine neue Verteilung der Festsetzungen zu den Lärmgrenzen.

Die Beschlussempfehlung wird wie folgt gefasst:

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Sachverhalt zur Kenntnis und empfehlen der Gemeindevertretung das Bauleitplanverfahren unter Berücksichtigung der Scoping-Stellungnahmen verfahrenstechnisch mit der Entwurfsbilligung, der Auslegung und der Behördenbeteiligung fortzuführen.

Ergebnis der Abstimmung: Die Empfehlung wird bei einer Enthaltung angenommen.

#### Top 8:

Herr Springer berichtet zum Planungsstand. Auf dem Grundstück in der Bismarckstraße 7 (ehemals Druckerei Jegminat) ist der Bau eines Wohnhauses mit bis zu 8 Wohnungen geplant. Der Eigentümer verfügt über grundbuchlich abgesicherte Überwegungsrechte, die Zufahrt kann also über den etwa 8 Meter breiten Feldweg führen, der zur Tierarztpraxis und der Angelnhalle führt. Die Regenwasserentsorgung soll durch Versickerung auf dem Grundstück selbst erfolgen – ein Gutachten hat diese Möglichkeit bejaht. Obwohl das Gebäude in zweiter Reihe erstellt wird, wünscht ein Ausschussmitglied wegen der in besonderer Form gestalteten Gebäude an der Bismarckstraße selbst, dass auch der Neubau eine besondere Außengestaltung erfährt. Dazu erklärt Herr Springer, dies kann im Durchführungsvertrag, der im nichtöffentlichen Teil beraten werden wird, aufgenommen werden. Ebenso erklärt der Ausschuss erneut, dass er keine schwarzen Dachpfannen wünscht, weil diese sich stark aufheizen.

Beschlussvorschlag:

#### **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 41 - Bismarckstraße 7 -**

- Aufstellungsbeschluss –**
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss –**
- Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange –**

#### **Abstimmungstext:**

1. Die Gemeindevertretung beschließt die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 41 der Gemeinde Süderbrarup 'Bismarckstraße 7' (Gebiet nördlich der Bismarckstraße, westlich der Bahnhofstraße und östlich der Angelnstraße - siehe Anlage).
  - Planungsziel ist die Ausweisung eines Allgemeinen Wohngebietes zur Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit 8 Wohnungen.
2. Die Aufstellung des Bebauungsplanes wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a des Baugesetzbuches im beschleunigten Verfahren durchgeführt.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist unter dem Hinweis, dass die Aufstellung des Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll, ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).
4. Auf die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die Aufforderung zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (§ 4 Abs 1 BauGB) wird gem. § 13 Abs. 2 Ziff. 1 BauGB verzichtet.
5. Von einer frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit mit Erörterung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wird gem. § 13 Abs. 2 Ziff. 1 BauGB abgesehen.
6. Mit der Planung soll das Planungsbüro Springer aus Süderbrarup beauftragt werden.
7. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 41 und die Begründung werden in der vorliegenden Fassung mit folgenden Änderungen gebilligt: zulässige Dachfarbe statt schwarz anthrazit.
8. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 41 wird gem. § 4 Abs. 2 BauGB an die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Stellungnahme gegeben.
9. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 41 und der Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die beteiligten Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen. Zusätzlich sind der Inhalt der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung und die nach § 3 Abs. 2 S. 1 BauGB auszulegenden Unterlagen ins Internet einzustellen und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich zu machen.

Ergebnis der Abstimmung: Einstimmige Annahme der Beschlussempfehlung.

**Top 9:**

Auch zu diesem Vorhaben berichtet Herr Springer. Grundlage für die Überlegungen ist eine Skizze des Planungsgebietes, die bereits einige aktuelle Anforderungen berücksichtigt. So wird die Gesamtbreite der Verkehrsflächen wohl 10,5 bis 11 Meter betragen, weil neben der (normalbreiten) Straße und dem Gehweg noch Entwässerungsmulden entlang der Straßen gefordert werden. Ein weiterer Entwässerungsgraben muss voraussichtlich im Süden, also anschließend an die jetzige Bebauung im Finkenweg, angelegt werden – auch hier wird eine Breite inkl. Grünzug von rund 10 Metern erforderlich sein. Unter diesen Voraussetzungen sind im Erweiterungsgebiet etwa 54 Häuser mit rd. 100 Wohneinheiten und außerdem rund 50 bis 60 Wohneinheiten im Reihenhausbau bzw. Geschosswohnungsbau denkbar. Die Straßenanbindung soll an die Kappeler Straße erfolgen, wobei sich im Laufe des Verfahrens ergeben wird, ob es sinnvoll ist, die Straße zur Einmündung gegenüber des Grünen Weges in den Geltungsbereich des B-Planes mit aufzunehmen. Sämtliche Grundstücke werden von den im Gebiet verlaufenden Straßen aus erschlossen. Einem Ausschussmitglied, das Bedenken wegen der Kleinteiligkeit der Bebauung äußert, wird erläutert, dass die Durchschnittsgröße von 700 qm den Wünschen der Kaufinteressenten entspricht – größere Grundstücke würden kaum nachgefragt.

Ergebnis der Abstimmung: Einstimmig spricht der Ausschuss die Empfehlung an die Gemeindevertretung aus, das Bauleitplanverfahren einzuleiten.

**Top 10:**

Herr Springer berichtet über die erforderlichen Planungsgrundlagen.

Im Vorwege sollen Lärmschutzgutachten, Baugrunduntersuchung, Vermessung und verkehrstechnische Untersuchung durchgeführt sowie die Ingenieursleistungen ausgeschrieben werden.

Der Beschlussvorschlag wurde wie folgt angepasst:

**Sachverhalt: Beratung und Beschlussempfehlung zur Ausschreibung der Erschließungsleistungen zum B-Plan Nr. 34 „Wohngebiet Erweiterung Pleistruper Park“**

---

Das Scoping-Verfahren steht für das Gebiet noch aus.

Das Planungsbüro Springer empfiehlt im Vorwege für das Gebiet bereits eine Lärmbetrachtung (Lärmschutzgutachten), Baugrunduntersuchung, Vermessung und verkehrstechnische Untersuchung durchzuführen.

Um die Planung weiter voranzutreiben soll o.g. Maßnahme umgesetzt werden. Zusätzlich soll aufgrund des zu erwartenden Auftragsvolumens bereits in einer Ausschreibung die Ingenieursleistungen ausgeschrieben werden.

**Beschlussempfehlung:** Die Mitglieder des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses nehmen den vorliegenden Sachverhalt zur Kenntnis und empfehlen der Gemeindevertretung: Die entsprechenden Maßnahmen umzusetzen

- den Auftrag für die Ingenieurleistungen auszuschreiben,
- den Bürgermeister zur Auswahl und Beauftragung des wirtschaftlichsten Anbieters für die ausführenden Firmen zu ermächtigen.

Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt über die liquiden Mittel.

Ergebnis der Abstimmung: Empfehlung wird einstimmig angenommen.

**Top 11:**

Die Einwohneranregungen aus der Fragestunde aufnehmend wird beraten, auf den Fahrbahnen mehr Tempo 30-Erinnerungen aufzubringen und Schilder als Durchfahrtsverbote für LKW anzubringen.

Die Beschlussvorlage wird wie folgt angepasst:

Die Straßen Gartenstraße und Südertoft (Kreisel bis Einkaufscenter) wurden in der Vergangenheit vermehrt als Abkürzung bzw. schnellere Wege für LKW's genutzt. Beide Gemeindestraßen sind mit einer reinen Wohnbebauung versehen und führen durch allgemeine bzw. reine Wohngebiete.

Die Straße Südertoft und neuerdings auch die Gartenstraße sind als 30er Zonen ausgewiesen.

Die Bachstraße mit ihren Verkehrsbuchten wird vermehrt durch parkende Autos behindert. Des Weiteren nutzen die Fahrzeuge nicht die vorgeschriebene Breite der Straße aus, sondern erweitern ihre Fahrbahn auf den abgesenkten Bordstein und dabei vermehrt mit höherer Geschwindigkeit als den erlaubten 30 km/h.

Es wird folgendes vorgeschlagen:

- Durchfahrtsverbote für den LKW-Verkehr (>7,5 to) durch die Straße Südertoft (Kreisel bis Kreuzung + Holmer Straße bis Süder Center bzw. südlich der Großen Str. und westlich der Holmer Str.)
- Durchfahrtsverbot für den LKW-Verkehr (>7,5 to) durch die Gartenstraße
- Aufstellen von Begrenzungen (Beispiel siehe Bild anbei) im Abstand von 50m (*zunächst nicht als Metall, sondern Kunststoff*) und vermehrte Verkehrskontrolle der parkenden und fahrenden Autos durch die Verkehrsbehörden in der Bachstraße

Hierzu sollen entsprechende verkehrsrechtliche Genehmigungen von den zuständigen Behörden und Institutionen eingeholt werden.

Der Ausschuss nimmt den vorliegenden Sachverhalt zur Kenntnis und empfiehlt der Gemeindevertretung, die entsprechenden verkehrsrechtlichen Genehmigungen einzuholen.

Ergebnis der Abstimmung:

Zu den Durchfahrtsverboten einstimmig.

Zur Aufstellung von Begrenzungen in der Bachstraße wird die Empfehlung mit einer Gegenstimme angenommen. Der Gemeindevertretung wird somit empfohlen, entsprechende Genehmigungen einzuholen.

Top 12 :

Der Bürgermeister korrigiert, dass der Bereich des Kastanienweges hierbei nicht betrachtet wird – es handelt sich also lediglich um das Gebiet des B-Planes Nr. 9.

Die Maßnahme wird von einigen Gemeindevertretern grundsätzlich angezweifelt, stehen doch die umfassenden Sanierungen von Quellenstraße/Grüner Weg und Am Thorsberg noch an.

Klargestellt wird der Anlass für die vorgeschlagenen Maßnahmen: Die teilweise 1970 bzw. 1980 erstellten Straßenabschnitte weisen inzwischen Schäden auf. Werden diese jetzt beseitigt, brauchen die Straßen längere Zeit nicht angegriffen werden. Andernfalls sind bald stärkere Schäden abzusehen, die dann deutlich höhere Investitionen erforderten.

Zur Prioritätenliste des Bauhofleiters wird darauf hingewiesen, dass Teile der Waldstraße, des Norderholzes und des Süderholzes erst in den 1990er Jahren erstellt wurden. Daher solle noch einmal überlegt werden, welche Straßen zeitnah bearbeitet werden sollten. Auch wird vorgeschlagen, insbesondere die Kreuzungen zu betrachten. In den geplanten Arbeiten sind Mittel für die Absenkung von Bordsteinen an den Kreuzungen enthalten. Diese Kosten sollen einmal getrennt aufgeführt werden.

Die Beschlussvorlage wird wie folgt angepasst:

**Beratung und Beschlussempfehlung Sanierung Straßendecke und Fußwege Gebiet Kastanienweg / Schatzmoor / Holzkoppel**

**Sachverhalt:**

Die Straßen im Gebiet zwischen Schatzmoor, Holzkoppel, Birkenweg, etc. sind, insbesondere in den Kreuzungsbereichen, mit Rissen und Beschädigungen versehen.

Darüber hinaus sind die Bordsteine der Fußwege an den entsprechenden Straßenübergängen nicht abgesenkt. Für Menschen mit Beeinträchtigungen und Eltern mit Kinderwagen, etc. sind diese Strecken daher nur mit Mühe zu begehen.

Die Firma Tiefbau Greve kann die Deckensanierung und Barrierefreiheit der Fußgängerüberwege realisieren. Durch die kürzlich ausgeschriebene Straßensanierungsmaßnahme Bismarckstraße kann auf die dort erfolgte Ausschreibung verwiesen werden. Die Firma Greve Tiefbau ist somit der wirtschaftlichste Anbieter. Ein Angebot für die Straßendeckensanierung inkl. der Fußgängerüberwege ist der Beschlussvorlage beigelegt und beläuft sich auf insgesamt 328.100,11 €.

Im Haushalt sind Mittel in Höhe von 225.000 € für die Unterhaltung von Straßen eingestellt, von denen rund 75.000 € für andere Maßnahmen bereits verbraucht worden sind. Es stehen somit noch Mittel von 150.000 € für das Haushaltsjahr 2020 zur Verfügung.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss nimmt den vorliegenden Sachverhalt zur Kenntnis und empfiehlt der Gemeindevertretung die Straßendecken im Jahr 2020 zu sanieren und die Barrierefreiheit der Fußgängerüberwege herzustellen:

Details sollen mit dem Bauhofsleiter Dirk Lorenzen abgesprochen werden (Kreuzungsbereiche, etc.).

#### **Ergebnis der Abstimmung:**

Bei zwei Enthaltungen empfiehlt der Ausschuss, Straßendecken im Jahr 2020 zu sanieren und die Barrierefreiheit der Fußgängerüberwege herzustellen.

#### **Top 13**

Der Bürgermeister berichtet, dass sowohl er als auch der Bauhofleiter von der Möglichkeit der Vererdung von Klärschlamm angetan seien. Er schlägt vor, die Gemeindevertretung möge sich eine seit zwanzig Jahren bestehende Anlage in Büsum ansehen.

Die Freien Wähler haben darauf hingewiesen, dass in der Straße Dollrottholz (Verbindung von der Bundesstraße nach Justrup und Scheggerott) zu schnell gefahren und gefahrvoll überholt werde. Sie wünschen Tempo 30 und ein Überholverbot. Der Ausschuss empfiehlt, das Thema an den Ortsbeirat Dollrothfeld zu delegieren, um die Betroffenen einzubinden.

In der Großen Straße 10 steht vor einem Metallmast bei REWE eine bereits beschädigte Peitschenlampe ohne Leuchtkörper. Diese möge entfernt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass das Kabel für den Breitbandausbau in Brebel entgegen ursprünglicher Planung nun doch im nördlichen Bürgersteig der Bundesstraße verlegt werde. Die Gemeindevertretung hatte beschlossen, im Rahmen der Verlegung den südlichen Bürgersteig zu pflastern. Dies muss nun unabhängig von der Verlegung erfolgen.

Gefragt wird nach dem Ergebnis der Kanalfilmung in Teichstraße und Mühlenstraße. Die Asphaltierung, die der Kreis vornehmen will, ist auf das Jahr 2022 verschoben. Die Filmung hat gravierende Schäden ergeben. Die Absicht der Gemeinde, auch die Frischwasserleitung zu erneuern, ist sehr sinnvoll, zumal dort immer wieder Wasserrohrbrüche auftreten und in der gesamten Leitung kein Schieber vorhanden ist, also stets der gesamte Ortsteil trockengelegt werden muss. Offen ist noch die Frage, wer die Kosten für die Wiederherstellung des Radweges trägt, in dem die Leitung liegt. Für Radwege ist der Kreis zuständig - wenn er denn durchgehend ist. Dies wird vom Kreis verneint, weil es in der Teichstraße, also am Beginn der K 26 keinen Radweg gibt. Unser Bürgermeister argumentiert, dass es aber doch einen durchgehenden Radweg gebe – aus der Holmer Straße! Hier allerdings fehlt zurzeit noch die entsprechende Beschilderung – ein Antrag darauf sei von ihm gestellt worden.

**Anschließend wird zu Top 14 einstimmig beschlossen, nicht öffentlich zu beraten.**